

geschickter, Teil der Sozialdemokratie die Zukunft sichert, indem gegen die Dummheit die Güter, um wieviel mehr die Weisheit der Heiligthümer vergessens kämpfen, so werden wir uns gar nicht wundern, wenn nach ihrem Siege die Verfassung in diesem Sinne abgeändert wird. Wir empfehlen diesen Antrag der beizuhaltenden Frau Deutschlands, der Frau Agnes, zu geneigter Erwägung.

weisen. Die Wiederherstellung der kleinen Staaten liegt außerhalb des Bereiches der Möglichkeit.

Ueber der Republik steht die nationale Einheit.

Der Einheitsstaat kann und soll in Deutschland nicht jenerationalisiert sein. Die eigentliche Verfassungsarbeit fängt erst an, die Arbeit an der Organisation des Vaterlandes. Werden die Bestimmungen eingehalten in Größe & Höhe, so wird Deutschland ein auf ebenen Füßen stehen, stark und schön.

Die Rassenfrage: Die Welt ist aller Völker ist die Ursache dafür, daß das deutsche Volk seinen vollen demokratischen Charakter hat. Es sind Vorlesungen getroffen, um demokratischen Gesichtspunkten die Mehrheitspflicht ohne Bergewaltigung der Minderheiten zu sichern.

Hg. Dr. Spahn (Ztr.) dankt zunächst Dr. Bredt für seine Mitwirkung an dem Zustandekommen des Verfassungsvertrages. (Beif. Bravo) Ingerichtet gefolgt, ist das deutsche Volk. Durch die Finanznot unerschrocken, treibt die Natur der Dinge an den Einheitsstaat zu. Ein Verzug der neuen Verfassung ist

der in weitem Umfang gewährte Rechtschutz.

Die Verfassung rückt mit dem Fortschritte des Völkertums. Es entspricht sich für uns, in den Völkern zu werden, sobald wir als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden. Zum Schluß verlangt Redner eine Bestätigung des Reiches beim Heiligen Stuhl und erörtert eingehend das Schulprogramm und die Frage des Angehörigen- und Arbeiterrechtes. Religion gibt es nicht außer der Kirche. Deshalb kann durch die Kirchenpolitik fortgeführt, die Schule nicht für die verschiedenen Konfessionen vereinheitlicht werden.

Hg. Kaufmann (Dem.): Diese Verfassung ist der Ausdruck des Willens der Volkswelt, der geistigen Verfassung des Volkes. Erinnern wir uns an den Tag, den wir Weimar schuldbig sind dafür, daß wir dieses Werk errichten und bauen konnten, und wir wollen uns Weimar dafür erkennen lassen, daß diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und in der Weltgeschichte den Namen

Weimarer Verfassung

führen soll. (Beif. Beifall) Weiterberatung Mittwoch.

Die Nationalversammlung tagt weiter.

Der Ausschuss der Nationalversammlung hatte Beschlüsse vom 1. bis 15. August eine Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen. Diese Pause wird wahrscheinlich wegen der Interpellationen über die Ministerien. Sollte die Bearbeitung der Steuererträge noch eine Pause notwendig machen, so wird sie später eintreten werden.

Erzberger bleibt auf seinem Posten.

Von parlamentarischer Seite erfährt unser Mitarbeiter in Weimar:

Von verschiedenen Zentrumsgelehrten ist dem Minister Erzberger nahe gelegt worden, sein Ministeramt nieder zu legen. Erzberger hat jedoch erklärt, daß er keinen Grund habe, dieses Ministeramt niederzulegen, er würde nur dann auf sein Amt verzichten, wenn die Zentrumsfraktion ihm die Vertrauen entziehen würde. Das sei nicht geschehen, vielmehr habe die Fraktion ihm ja erst nur wenigen Tagen die Vertrauen ausgesprochen. Erzberger soll durch seine Ministerkollegen in der Nationalversammlung bestärkt werden, sein Amt zu behalten; denn man müsse andererseits mit einer Demission des gesamten Kabinetts rechnen.

Erzbergers schädlicher Parteihab.

In seiner Rede in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hat Erzberger, wie dem Schlußbericht nachgetragen sei, angedeutet, daß sich nichts dagegen machen ließe, wenn das Vergehen der Regierung einzelnen Weisen in Deutschland dazu verfallen würde, auf die Auslieferung gelistete der Entente geht zu werden. Auf diese Worte will Erzberger dazu befragen, die innere Geltung in Deutschland herbeizuführen, die er für notwendig hält. Doch der Stellvertreter des Ministerpräsidenten vor parlamentarischer Hofvertretung in dieser Weise seinem Parteihab die Zügel lösen läßt, dagegen müßte die ganze Nation in einmütiger Entrüstung aufstehen; denn dieses Vergehen aus uns nicht nur in der Meinung des Auslandes zu sein herabzuziehen, daß wir unter der Zeit seiner Abschwörung moralisch erkränkt werden, es muß auch die innere Gesinnung im Lande bis zur Unerschütterlichkeit versichern und statt einer Geltung des Volkstörpers seine unheilvolle Zerstückelung zur Folge haben.

Eine Stimme aus der Rüste.

„Will man ausgesprochen hören, was der von der Geistesverwirrung freigelebene Kern des Volkes heute denkt, so muß man sich bei den Worten der Rednerinnen die Ehren verpassen und den Stimmen lauschen, die von der Opposition ertönen. Wasu Verstand spielen? Die Seele des Volkes ist heute nicht bei der Saftlosigkeit der offiziellen Reden, sondern in jenen Hallen, die sich jene Areile glänzend hervorgehoben können, die sich von der formalen Verantwortung frei wissen.“ So zu lesen in der von der sozialistischen „Globe“. Der obige Zellen geschrieben hat, im Gesells August Winig, stellvertretender Oberpräsident von Thüringen. Und Winig hat nicht etwa die Opposition der Unabhängigen vor Augen, nein, die nationale Opposition der Redden. Ob er durch den Gang der politischen Ausprober in Weimar in seiner Ansicht erkräftigt worden ist? Raum zu vermehren.

Trost in dunklen Tagen.

Hindenburg glaubt an Deutschland.

Die „Newport Sun“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berichterstatters Wegman mit Hindenburg. Hindenburg sagte, daß die Erfüllung der Forderung der Alliierten noch gerichtlich Verfolgung des früheren Kaisers und der deutschen Armeeoffiziere und anderer Offiziere vor alliierten Gerichten nicht eine Verletzung der Souveränität und der fundamentalen Grundsätze des Völkerrechts sein würde, sondern auch einen alten römischen Grundsatz in Ehren wiederherstellen würde, wonach die Verteidigung eines Landes für diejenigen, die im Kriege bestraft wurden ein Verbrechen wäre. Hindenburg erklärte weiter, er sei der Überzeugung, daß Deutschland wieder in die Höhe kommen werde, denn das deutsche Volk, das zwischen den romantischen Wölfen einerseits und den Slawen an-

dererseits gelegen sei, habe die Welt durch Willen zu erfüllen.

Die Kriegsgesungen.

Heimkehr aus Frankreich Ende August?

Havas meldet, der königliche Minister hat den allgemeinen Abtransport der deutschen Kriegsgesungen am 1. Woche nach der Ratifikation des Friedensvertrages im französischen Parlament festgelegt. Die Ratifikation soll am 15. August durchgeführt sein.

Zusammentritt der Entente-Kommission?

Nach einer Mitteilung der Kriegsgesungenheimkehr Leipzig ist am 23. Juli die Kommission der Ententevertreter, die über die Heimkehr der Kriegsgesungen mit deutschen Vertretern verhandelt hat, zusammengetreten. Somit haben die von der deutschen Regierung in dieser Frage an die Entente gerichteten Noten weitgehend den Erfolg gehabt, daß die Entente ihre Vertreter zusammengeschickt hat.

Die Rückstellungen Deutschlands.

Die „Agence Havas“ meldet aus Paris: Die Friedenskommission der Aemter hat den Schluß des Berichts von Dubois über die Friedensbedingungen an. Was die Rückstellungen betrifft, so sagt der Bericht, daß die jetzt in der Verfassung Deutschlands 295 000 Leuten Material in Wiesbaden, 10 000 Leuten in Weis und von den 80 000 fertige Gegenstände sind ungefähr 8000 Stück bereits abgeholt worden sind.

Die deutschen Kriegsschiffe für Frankreich?

Parissles, 29. Juli. „Newport Herald“ meldet: Der Führer habe die Absicht, Frankreich die deutschen Kriegsschiffe zurückzugeben.

Keine positive Zusage über die Revision des Friedensvertrages.

Auf dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei hat Graf Bernstorff eine Rede gehalten, wonach wir nicht auf eine Revision des Friedensvertrages hätten. An diesem Tag wurde hierüber mancher erklärt, daß seitens der Entente nicht die geringste positive Zusage über eine beschleunigte Revision des Berliner Vertrages vorläge. Nur durch lokale Erfüllung der Bedingungen und den darauf begründeten Eintritt in den Völkern können wir die Hoffnung haben, daß vielleicht später eine Revision vorgenommen wird.

Die belgischen Sozialisten für den Friedensvertrag.

Die Leitung der belgischen Arbeiterpartei hat beschlossen, daß die sozialistischen Senatoren und Abgeordneten für den Friedensvertrag stimmen, aber zu gleicher Zeit eine gemeinschaftliche Erklärung abgeben werden, in der belgische gewisser Partei, mit denen sie sich nicht einverstanden erklären können, vorbehalten gemacht werden. Die Leitung der Partei hat den Friedensvertrag mit allen gegen drei Stimmen bei drei Stimmenshaltungen gebilligt.

Vertagung der Friedenskonferenz.

Die „London Times“ meldet, daß die Friedenskonferenz sich am nächsten Montag vertagen werde. Paris wird sich für kurze Zeit nach England begeben, jedoch den größten Teil des Herbstes in Paris zubringen.

Deutschland und der Völkerverbund.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie ich von durchaus gutinformierter Seite höre, wird Amerika bereits bei der ersten Tagung des Völkerverbundes im Oktober in Genf den Antrag stellen, Deutschland in den Völkerverbund aufzunehmen. Der Antrag wird, was nach der Zusammenfassung der Konferenz angenommen wird, Annahme finden.

Parissles, 30. Juli. Am Friedensauschuss der Aemter fand die Abstimmung über die Stellung Deutschlands zum Völkerverbund aus und erklärte, Deutschland könne zwar mit zwei Drittel Mehrheit in den Völkerverbund aufgenommen werden, der Völkerverbund könne aber nicht einmütig erklären, daß es genügend moralische Garantie geben habe, um aufgenommen zu werden. Aber das ist nicht die einzige Sache, welche nach dem Ende der Verhandlungen übernommen, nach sei das alte jemals Frankreich verprochen worden.

Das Oberhaus zum Kaiserprozeß.

Wien, 30. Juli. Im englischen Oberhaus sprach sich Lord Bryce gegen jede Verfolgung des Kaisers aus. Lord Balfour sagte u. a.: Der Kaiser soll für Vergehen gegen die internationale Moral verurteilt werden. Hat man sie in der Geschichte von einer heranziehenden Aufgabe gelöst? Von einem englischen Richter zu erwarten, daß er auf Grund von Geheiß urteilt, die er nicht kennt, in einem Verfahren, das nicht festgelegt ist, in einem Gerichtshof, dem keine Autorität zukommt, und eine Strafe aufzulegen, die alleits von vornherein erwartet wird, all das ist jedenfalls nicht ein mögliches Geschehen.“ Der Kaiser hat, bestand im Namen der Regierung auf der Durchführung des Verfahrens, kündigte aber gleichzeitig an, daß das Verfahren kaum in London selbst stattfinden werde.

Beginn der Auslieferungsverhandlungen.

„Republikan des Paris“ meldet aus Paris, daß die Verhandlungen mit Holland über die Auslieferung des Kaisers begonnen hätten. Man beschließt, das Verfahren gegen den Kaiser nicht in London, sondern an einem leicht zugänglichen Orte stattfinden zu lassen. Man spricht von Cava Plo w.

Der Wörder Marzins entdeckt?

Der Berliner Vertreter des „Dein Erweg“ will erfahren haben, daß der Wörder des Franzosen Mannheim ein Unteroffizier war, der einem Freiwilligenbattalion angehört. Die Polizei glaubt, ihn in einigen Tagen wieder überführen zu können. Wie dahin werden die Alliierten die Antwort auf die Ablehnung der Entschädigungsforderung von 1 Million Francs seitens der Stadt Berlin hinanzuschicken.

Frankreich und England rücken.

Saarbrücken, 29. Juli. (Eig. Drahtber.) Die französische Regierung erweist vorübergehendes Stillstehen im Saargebiet. Infolge der Lage von mehreren Millionen Front. zur Befreiung von Material für die französische Flotte. Auch die eng-

lischen Behörden haben bedeutende Aufträge in Beereskernern gegeben. Die englische Regierung hat für mehrere Millionen Mark Lebensmittel aus eigenen Beständen abzugeben und den Behörden an befehlen Geboten.

Die Rheinisch-Westfälische Anstalten.

Rudolphshafen, 29. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Schiffahrt auf dem Rhein ist heute im Westen besperrt. Zahlreiche amerikanische Kriegsschiffe sind in diesen Tagen in dem Hafen von Ludwigshafen eingetroffen. Die Kohlen werden größtenteils über Lauterbach und Sarnsburg weiterbefördert und zwar nach der Schweiz. In der letzten Woche sind in Ludwigshafen 20 Schiffe mit Lebensmitteln aus Rotterdam eingetroffen.

Der Österreichische Frieden.

Wien, 29. Juli. (Eig. Drahtber.) Der „Secreto“ meldet, daß eingegangene Nachrichten es als aussichtslos erscheinen lassen, daß Österreich den Friedensvertrag unterschreiben werde. Angesichts der verfahrenen Lage hat der Kaiserpräsident angekündigt, daß die letzten 8 Jahrgänge noch nicht zu demobilisieren seien.

Schließung der Aopenhagener Besprechungen.

Aopenhagen, 29. Juli. Der Landesverteidigungsminister Durch erklärte, daß keinerlei Grund mehr vorhanden sei, die Besprechungen von Aopenhagen noch länger bestehen zu lassen. Er hoffe, dem Reichstage eine Vorlage unterbreiten zu können, in der die Beilegung der Besprechungen schon in der nächsten Zeit vorgeschlagen wird. Sollte es zu letzter Zeit nicht möglich sein, so wird das Jahr 1922 dafür ausreichen.

Die Schließung der Festungswerke von Aopenhagen ist offenbar der Preis, den Dänemark für die politischen Vorteile zahlen muß, die ihm der Friedensvertrag bringt. Dänemark verliert damit das letzte Bollwerk seiner Neutralität und gerät obliqu unter die Vormachtigkeit Englands, in kommodore Abhängigkeit von Wien.

Die Volkabstimmung in Oberösterreich.

Von unermittelter Seite wird uns geschrieben:

Nach ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wann in Oberösterreich die Volkabstimmung erfolgen wird. In nachgehenden Absichten nimmt man mit einer Beschleunigung der Abstimmung bis zum März nächsten Jahres, in politischen Kreisen will man wissen, daß die Abstimmung schon anfangs nächsten Jahres erfolgen soll. Beobachtungen, die inessen in Oberösterreich gemacht werden, zeigen davon, daß die Amerikaner mit Blick auf die Abstimmung möglichst weit hinausdrücken wollen und vielleicht ganz zu verzweifeln haben. Die Polen treten heute schon eine rege Propaganda, von der sie sich auch durch die Schließung dieser Volkabstimmung nicht abhalten lassen. In deutschen Kreisen aber ist man hoffnungsvoll und davon überzeugt, daß Oberösterreich deutsch bleibt und dem Reiche die wertvollen Rohlgüter erhalten bleiben. Zu welchem Mittel die Polen greifen, um selbst bei einem Misserfolg doch noch einen Gewinn haben zu können, erzieht man aus dem polnischen Pressebüro in Warschau verbreiteten Meldung, daß diejenigen Kreise in Oberösterreich, die unter der früheren Regierung durch politische Absichten betroffen waren, von einer Volksabstimmung abzusehen werden sollen. Sie sollen ohne jede Abstimmung an Polen fallen. Es liegen auch Nachrichten vor, daß die Polen bei den Alliierten eine Zustimmung zu dieser Absicht erwirken wollen. Wahrscheinlich werden die Engländer und Franzosen diesen Wünschen entgegenkommen, die Amerikaner aber bleiben bei der einmal gegebenen Bestimmung und schwören damit den Polen den mittelbaren Vortritt. Erklärt ist daher auch, daß die Stimmung zwischen Polen und Amerikanern nicht die beste ist und bereits mehrere Auseinandersetzungen nötig waren, die den Polen Dämpfer aufsetzen mußten.

Polnische Abstimmungsterrorismus.

Wie vom Arbeiterpartei Marienwerder mitgeteilt wird, suchen in dem Abstimmungsbezirk des Oden die Polen durch ungläubliche Drohungen das Abstimmungsrecht zu beeinflussen. Im Kreise Marienwerder hatten die polnischen Parteiarbeitsgemeinschaften gebildet, um die Bevölkerung über das für und wider des Anschlusses an Polen aufzuklären. Sofort gab der polnische Völkerverbund Antwort, in dem gebot wird, die Führer der polnischen Partei der Entente-Kommission zur Ausweisung vorzuschlagen. Die Engländer fragen, welche Schritte die Regierung gegen solchen Terrorismus zu unternehmen gedenkt.

Die Dorspter Universität.

Wien, 29. Juli. Die deutsche Universität in Dorspt ist bei der Entscheidung der Regierung übernommen worden, die allerdings nicht die Absicht hat, sie als deutsche Universität weiterzuführen. Da sich aber herausgestellt hat, daß die ethnischen Gelehrten, die die ethnische Sprache beherrschen, zur Beilegung der Fakultäten nicht ausreichen, so werden die Vorlesungen vorwiegend in russischer Sprache gehalten.

Räte-Ungarn kapitulieren.

Wien, 29. Juli. Heute erließen ein ungarischer Volkskommissar für den besten Ententevertreter und machte die Verhandlungen, man möge Verhandlungen einleiten, die den friedlichen Rückzug der Räteregierung und die Einsetzung eines neuen Regimes in Ungarn zum Zwecke hätten. Dieser Vorzug wurde von Oberst Cunningham nach Paris weitergeleitet.

Der Todesstoß der Entente.

Wien, 29. Juli. Während im ungarischen Seeresicht die militärische Lage als unverändert bezeichnet wird, bedeuten die Rumänen über weitere große Erfolge. Danach sehen die rumänischen Truppen ihren Vormarsch unerschütterlich fort und werden den zurückweichenden ungarischen Truppen hart auf den Fersen. Die Situation gestaltet sich für die Sowjet-Regierung von Stunde zu Stunde kritischer. Im Hinblick auf die rumänische Gegenoffensive beschließt die Entente, dem Räte-System in Ungarn den Todesstoß zu versetzen. Der Oberst Kol der Alliierten hat sich gestern mit der Lage befaßt und beschloßen, gegebenenfalls die Rumänen militärisch zu unterstützen, um die Regierung Bela Kuhns zur Kapitulanz zu zwingen. Der Völkerverbund ist dem ungarischen Obersten Cunningham überhandnehmend folgende dem ungarischen Obersten Cunningham, aber daß bisher positive Ergebnisse erzielt wurden. Wie es heißt, befindet sich der ungarische Oberbefehlshaber von der Front nach Wien, um direkt mit dem Vorkommenden der englischen Militärmission zu beraten und sich zu informieren, unter welchen Bedingungen die militärischen Operationen eingestellt werden können.

Ungarische Aristokraten als Betrüger.

Aus London wird gemeldet: „Daily News“ erhält Ein-
schreiben über die Lage in Budapest. Der „Korrespondent“
schreibt, daß die Nahrungsmittelnot so hoch geworden ist, daß
der einst sehr populäre Erzbischof Joseph gezwungen war,
Brot von den Proletenherausbräutern zu erheben, die jetzt mit
ihren Familien in feinen Palästen wohnen. Zwei Pfaffen des
Großen Appostols gehen vor Hunger betteln. Gewandige An-
wesende arbeiten in den Restaurants von den Reichen
Brot um es mit noch Hause zu nehmen.

Vor jäheren Narben in Bulgarien.

Wien, 22. Juli. (Eig. Drahtber.) Das rumänische
Preßbüro meldet aus Sofia: Wir haben vor schweren Unruhen.
In den letzten Tagen fanden in allen Städten blutige Demon-
strationen statt, in deren Verlauf immer wieder die Aus-
scheidung der Kaiserrepublik gefordert wurde. Eine Um-
wälzung scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein.

Entwaffnung der bulgarischen Armee.

Belgrad, 29. Juli. („Korridor“-Medium.) Als
gestern nachmittag französische Truppen durch Rom-
bula marschierten, wurden sie von bulgarischen Sol-
daten beschossen. Es kam zu einem Feuergefecht, bei
welchem neun französische Offiziere und neunzig Soldaten schwer
verwundet wurden. Die Schußwunden sind verheerend und das
ganze in Rom baltische Regiment entwaffnet werden.
Auf Anordnung Frankreichs d'Hesperes wird eine französi-
sche Division nach Bulgarien entsendet werden, um die bul-
garische Armee zu entwaffnen.

Die Uebergabe der ukrainischen Armee.

Krasn, 29. Juli. Wie die Zeitung „Gonia Krasnenski“
aus Moskau führt, hat dort in Begleitung polnischer
Schwefeloffiziere eine Delegation der Rote der ukrainischen
Armee am 28. d. M. um die Bedingungen für die Ueber-
gabe zu vereinbaren.

Bolschewismus in Portugal?

Die französischen Blätter berichten, daß die Lage in Portu-
gal von Tag zu Tag ernstlicher wird, da die Streiks an Ausdehnung
zunehmen. Die Haltung der Streikenden wird immer bedrohli-
cher. In der letzten Nacht wurde wiederholt auf Sicher-
heitsmaßnahmen geschossen. Bei Streikenden und Ma-
traden entbot man Waffen, die aus dem Zeughaus gestohlen
worden waren. Eine bolschewistische Bande hat sich
in der Gegend von Coimbra bei Alcobaca gelagert. Die fran-
zösischen Eisenbahner erklären, von einer Einigung mit der Re-
gierung nichts wissen zu wollen, vielmehr sei es ihre Pflicht,
die verheerenden Streiks mit Gewalt zu beenden.

Englische Bolschewisten in Archangel.

Amsterdam, 29. Juli. Die „Daily Chronicle“ meldet zu den
Nachrichten in Archangel, daß die Meuterei an der Front von Arch-
angel in der Richtung der Truppen ansetzte, die zum Bol-
schewismus übertraten und waren, während in Olegas die vorher
entlassenen russischen Truppen, die an der Seite der Alliierten
kämpften, sich gegen ihre Anführer erhoben. Es heißt, daß ungefähr
2000 Mann von Bolschewismus angeleitet wurden.
Es haben die Lager mit Maschinenwaffen beschossen, die britische
und russische Offiziere sind den Meutereien zum Opfer gefallen.

Die Bolschewisten in Astrachan.

Amsterdam, 29. Juli. Weiter meldet, daß die russischen
Sowjet-Truppen Astrachan erobert haben.

Die Opfer der Regerhetze in Chicago.

Chicago, 29. Juli. (Welter.) Bei den Ausschreitungen, die
am Morgen von neuem begannen, wurde ein Reger getötet und zwei
verwundet. Die Verluste des gefassten Abends werden auf 50 Tote
und über 500 Verwundete geschätzt. Truppen sind entsendet
worden, um Ausschreitungen zu unterbinden.

Japanische Kolonisation in Fern.

Amsterdam, 29. Juli. Die „Times“ meldet aus Sina, daß
ein japanisches Konsulat in Fern ungefähr 800.000 Hektar Land ge-
kauft hat, und daß um den Ankauf weiterer 800.000 Hektar verhan-
delt wird. Dies werde hauptsächlich der Beginn einer großartigen
japanischen Kolonisation in Fern sein.

Schiedsgericht im Siemensstreik.

Berlin, 29. Juli. In später Nachmittags hat heute das
Schiedsgericht in der Metallindustrie die Entscheidung über die
Streitigkeiten zwischen der Leitung der Siemens-Schneiderwerke
und ihren Arbeitern getroffen. Der Schiedsrichter hat folgen-
den Wortlaut: Der Schiedsgerichtspräsident ist der Auffassung, daß
der Betriebsleitung das Recht gewährt werden muß, Betriebs-
maßnahmen, wie sie im Interesse des Betriebes zu machen sind,
an Schwärzen Recht anzuschließen, und daß kein Arbeiter oder
Angestellter berechtigt sein soll, Anträge eigenmächtig zu erheben.
Diese Bestimmungen sind jedoch, soweit sie Arbeit-
verträge betreffen, vorher dem Arbeiterausschuß bzw. dem
Arbeiterrat vorzulegen. Folgende Hauptpunkte wurden fest-
gelegt: 1. Die wegen politischer Verhältnisse entlassenen Arbeiter wer-
den wieder eingestellt, 2. Die wegen dieser Entlassung Streikenden
nehmen die Arbeit wieder auf, 3. Die wegen Abbruchs der
Arbeitsangelegenheiten werden nach Verlauf von drei Arbeits-
tagen nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden
wieder eingestellt. Den Parteien wird ausgegeben, daß über die
Angaben des Schiedsrichters bis Mittwoch, den 30. Juli 1919,
vormittags 10 Uhr im Schlichtungsausschuß zu erklären.

Vor Wiederaufnahme der Arbeit?

Berlin, 30. Juli. Die gestrige Versammlung der frei-
willigen Siemensarbeiter führte noch nicht zu einer Abstim-
mung. Eine solche soll erst heute früh erfolgen. Die Ver-
trauensleute beider Seiten, die Arbeit aufnehmen. Der „Vor-
wärts“ erwartet, daß die Streikenden den Rat ihrer Vertrauens-
leute folgen.

Marx wieder verhaftet.

Nach der „Post“, 29. Juli, wurde der Geschäftsführer des All-
gemeinen Verbandes der deutschen Bergbauarbeiter, Marx, Mon-
tag vormittags nach einer Vernehmung in Moskau erneut ver-
haftet. Die Vernehmung soll mit dem Vorwurf zusammenhängen,
er habe Karl Emonts bei seiner Flucht begünstigt.

Der englische Bergarbeiterstreik geht weiter.

Trotz des Abkommens zwischen der englischen Regie-
rung und dem Bergarbeiterverband vom Freitag geht der
Streik weiter. 200.000 bis 300.000 Bergarbeiter sind ar-
beitslos und außerdem laufende Industriearbeiter wegen des

Kohlenmangels; besonders die Kohlenarbeiter in Hoch-
shire verweigern den Beitritt zum Abkommen. In
Hochshire, Derbyshire und in anderen Kohlenfeldern sind
abgenommen, bevor der Streik offen liegt. Er werde nichts un-
ternommen, solange die Bergarbeiter nicht zu Ber-
atung einladen. Außerdem steht immer noch die Abstim-
mung des sogenannten Dreiecks ab, wegen, einer direkten
Aktion gegen die Bergarbeiter und die russische Intervention
bevor.

**Entfernung der Kommunisten und Unabhängigen
aus dem Heere.**

Nach einer Verfügung des Kriegsministers steht, wie die „Cent-
ral-Post“ meldet, die Zugehörigkeit zur kommunistischen und un-
abhängigen sozialdemokratischen Partei der Angehörigen der bewaff-
neten Macht im Widerspruch zu der eingegangenen Treupflicht, und
ihre Mitglieder können im Heere nicht gebildet werden. Es ist bo-
her für alle Angehörigen des Heeres Pflicht, die Vorschriften von
Militärs über Parteien und propagandistische Maßnahmen von
ihrer Seite sofort zu melden, damit sie aus dem Heere entfernt und
gegebenfalls der Bestrafung zugeführt werden können.

Die bayerischen Kommunisten und der Geiselmord.

In der Münchener „Neuen Zeitung“ verurteilt die bayerische
Kommunistische Partei in einer Erklärung bedingungslos die
Erfassung der 10 bayerischen K. G. in Gießen im Autopul-
gumnasium am 30. April 1919. Sie sei eine blasphe-
rische Tat einzelner Einzelnen gewesen, die auch nicht durch die
berechtigte Erregung über vorherige weit absehbarere Taten der
weißen Garde zu rechtfertigen gewesen sei. Die Tat sei unter dem
Einfluß von Seidel und Baumann geschehen, jener zweifeln-
den Elemente, die sich in die Partei mangels klarer Kontrollmaß-
nahmen eingeschlichen hätten. Diese Erklärung läßt darauf schließen,
daß die kommunistische Partei sich durch die Ergebnisse der politischen
Prozesse der letzten Wochen noch weit mehr kompromittiert fühlt, als
sie in ihrer Presse jagt.

Übermalige Kohlenpreiserhöhung?

Köln, 30. Juli. Die Bergbaubehörde beschließt in Einver-
nehmen mit der Regierung, heranzutreten eine neue Erhöhung der
Kohlenpreise und die Benutzung des aus dieser Erhöhung stich-
enden Ertrages zur Schaffung eines Fonds zum Bau von Woh-
nungen für 60.000 Bergarbeiterfamilien. Man hofft dadurch,
die geringe Zahl von Bergarbeitern zu gewinnen, um die Kohlenför-
derung zu erhöhen.

Der Frühbruch der neuen Ernte.

Die Beschaffenheit haben sich, wie das preussische Landesgesetz-
amt mitteilt, noch nicht so weit zum Vordringen gebracht, daß in diesem
Jahre auf die Durchführung des Frühbruchs verzichtet werden kann.
Es muß wieder im Wege des Frühbruchs Getreide zur Entzwei-
gung der Bevölkerung bereitgestellt werden. An alle Landwirte wird an-
sichtlich die Aufforderung gemacht, soweit als mit den vorhandenen Anzei-
gen und Mitteln möglich, den Frühbruch der Getreide zu beschleunigen
und die fortwährende Ablieferung des Getreides der neuen Ernte
vorzunehmen.

Aus Stadt und Umgebung

Berzlausung.

Der Erste Bürgermeister ist für die Zeit vom 30. Juli bis 11. Au-
gust 1919 beurlaubt. Seine Vertretung wird durch Herrn Bürgermeister
Dr. Meißner geführt.

Die mittelasiatischen Militärerzieher

Der Gruppe Groß-Berlin, deren vier Aufstellungen hier sich in ge-
hörigem Maße des Zutritts und Bestehens aller Schichten
unserer Bevölkerung erziehen, waren eine Tat und eine Offenbarung.
Für ihre Vermittlung gebührt dem Verein für Jugendpflege, und
insbesondere seinen unermüdeten Arbeitern, die in der Tat
unerschütterlich, wärmender, dankbarer, einer künftigen Jugend
und Volkung getragen, die mit liebevoller Sorgfalt auch die
kleinsten Stimmungen pflegte und herausbrachte, in einer bei aller
Schlichtheit vornehm und fein — auch in der menschlichen und
Herzlichkeit — abgemessenen Ausstattung, bestirnte namentlich der
Leitung in seiner Dämmerung und seinen wirksamsten abgemessenen
Kontrollen ergreift und aufzufüllen. Die haben Stimmungen und
Empfindungen der alttestamentlichen Volkstümlichkeit in ihrer rührenden
Einfachheit und Schlichtheit, und doch getragen von hohem stillen Ernst
und einwärtsvoller Empfindung wie jeder Symbol, kommen gerade
heute durch ihre elementare Geselligkeit zu dem höchsten und
höchsten Materialismus, in welchen entzweit, kraftvoll verstandliche
Schwärmereien die Volkstümlichkeit hineinsetzt haben, zu erschütter-
nder Geltung. Gegenüber dem reinen Weltreinen auf den unent-
wärtbaren Abgrund hin — in dem ungeschickte soziale und Ausle-
sewerte ihr Gedächtnis zu finden bestimmt sind — steht die schlichte,
fromme Volkstümlichkeit voll Dürrehaft und Arbeit ein fester
und erhellendes Red, das man allen Volkstümlichkeiten zu-
wenden lassen sollte. Vielleicht, daß mancher doch noch zur Selbst-
bestimmung und Rettung seines stillen Selbst gelangte, der heute,
von dem allgemeinen Wohlstand mit ergriffen, den Abgrund zu über-
winden und seinen Willen zu hinstimmen. Groß-Berlin hat sich
als ein deutscher Künstler von Gottes Gnade erwiesen. Frei von
salubritätsbedingten Intelligenz schwebt seine Kunst in der reinen
Höhe eckel ästhetischen Glaubens und stillen Strebens und Erlebens. B.

Stachbahnzusammenstoß.

Ein jäherer Zusammenstoß ereignete sich gestern unweit des
Depots der Siles-Berliner Eisenbahn in Annenbors. Der
Wagen, der um 11.15 Uhr von Wetzlar nach Annenbors abgeht,
nahm von der Weiche am Gehölz zum Eiserfeld zum Abhängen
mit zum Depot. Um sich das Rangieren zu erlauben, schob er die-
selben in schneller Fahrt vor sich her. Dabei erfolgte ein Zusammen-
stoß mit einem entgegenkommenden Züge, der so heftig war,
daß sich die Weiche in den Abhängen zum Einstürzen brachte. Die Weiche
des Bahnhofs wurde beide getötet, während der Führer mit dem
Schwelen davonkam. Dagegen wurde der Schaffner des Abhänge-
wagens schwer verletzt und dem Verarmungsamt in Halle gebracht.
Er hatte mit der Zentralfeste auf der vorderen Plattform des Ab-
hängers gehalten, das Führer bei der Dunkelheit oder wohl zu
früherem Abgehen. Er erkrankte, als er im letzten Augen-
blick verunglückte abzurufen.

Zum Handel mit Margarine.

In letzter Zeit wird verschiedentlich versucht, Margarine in großem
Umfange in den freien Handel zu bringen. Da Margarine und
Anfangsperiode nach wie vor der Zwangsabgabepflicht unterliegen
und ihr Vertrieb im freien Handel in absehbarer Zeit noch nicht er-
folgen kann, wird darauf hingewiesen, daß der freie Handel mit
ihren Produkten verboten ist, während der Handel mit dem
Schwelen davonkam. Dagegen wurde der Schaffner des Abhänge-
wagens schwer verletzt und dem Verarmungsamt in Halle gebracht.
Er hatte mit der Zentralfeste auf der vorderen Plattform des Ab-
hängers gehalten, das Führer bei der Dunkelheit oder wohl zu
früherem Abgehen. Er erkrankte, als er im letzten Augen-
blick verunglückte abzurufen.

Tivoli-Theater.

Wie bereits mitgeteilt, gibt Donnerstag Ludwik Gampfers
berühmtes Volkstheater „Der Vergeltungsdämon von Ammergau“ als
Benefiz für Walter Graf in Szene. Sonntag wird die beliebte Ope-
rette „Die Cardashin“ von Raftman gegeben.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Schwerer Unglücksfall.

Annendorf, 30. Juli. Durch Verrennen mit todschwerer Panze
verunglückte gestern in der Chemischen Fabrik Budau, West Annen-
dorf, ein Arbeiter und eine Arbeiterin schwer. Es wurden sofort
nach dem Bergamtsamt in Halle telegraphisch. An ihrem Aufkommen
wird gemeldet.

Warnung vor Schwindlern.

Mühlhausen, 30. Juli. In St. Mühlhausen und St. Ulrich erschienen
am Sonntag bei verschiedenen Einwohnern zwei Männer, die an-
gaben, aus Berlin zu kommen und angewiesen seien, sämtliche elek-
trisches Material, Motoren usw. zu beschlagnahmen. Sie behaupteten,
es würde alles an ein großes Kraftwerk angeschlossen. Da die Sache
auf Schwindeln beruht, wird vor diesen Leuten dringend gewarnt.

Kurdiebstahl.

Kaufberg-Dürrenberg, 30. Juli. Am 19. d. M. wurde Nr. 10 wohnend
853 Nummer 2706 Personen auf gegen 2825 im Verloren.

Goldene und grüne Hochzeit.

Schleibitz, 30. Juli. Das Robert B. Wiedelke Ehepaar
beging im Freitag das Fest der Goldenen Hochzeit. Die Eheschließung
des noch jüngeren Paares wurde durch Herrn Superintendenten Ramin
in der Kirche vollzogen. Mit den Eltern trat zugleich der jüngste
Sohn des Ehepaares an den Traualtar.

Aus Provinz und Reich

Aushebung eines Spielereises.

Magdeburg, 30. Juli. Unter dem Deckmantel eines landwirt-
schaftlichen Spielereises hatten drei russische und ein rumänischer
Jude, teils in Leipzig, teils in Dessau wohnhaft, eine mit raffinierter
Ehrlichkeit ausgelegte Spielerei im Hotel Anhalter in Magdeburg ein-
gerichtet, in der allmählich große Summen ihren Vortrieb machten.
In der Nacht zum Freitag hat die Kriminalpolizei das Nest ange-
nommen. Die Unternehmungen wurden beendet, die anwesenden Teil-
nehmer, 21 an der Zahl, alles Magdeburger Gebürtliche, wurden
festgehalten und wegen Spielerei an verbotenen Spielstätten zur
Strafe gebracht. Die beschlagnahmten Gelder, mehrere tausend Mark,
wurden beschlagnahmt.

3000 Mark gerahmt.

Magdeburg, 30. Juli. Bei einem Einbruch in der Nacht zum
Sonntag haben Diebe dem Wirtshausbesitzer und
Ruheliebhaber Herr Hügel aus seiner Wohnung 3000 Mark, die der Be-
sitzer in fünf, sechs und einmännigen an einer Kasse aufbewahrt
hatte. Die Diebe hatten die Kasse geöffnet und ihre In-
halte geraubt.

Die „antihörsigen“ Reichsleiter.

Wiesbaden, 30. Juli. Die Entfernung der Reichsleiter aus
den Räumen der städtischen Gebäude wurde hier zum Montag be-
schlossen. Soweit die Bilder künstlerischen Wert haben, sollen sie nicht
entfernt werden.

Turnen, Spiel und Sport

Schwimmen. — Gestern abend einigen sich die beiden
hiesigen Schwimmvereine zu einem Zusammenstoß. Als
Vorherrschender wurde Direktor Erich Klitzsch gewählt. Nach-
schülerischer Bericht folgt.

Freizeit. Mit dem kommenden Sonntag beginnen wieder
die Fußballspiele mit Mannschaften anderer Vereine. Der
Montag Juli als Hauptspiel für Reimsport wird dem einzigen
Spielern gut gehen haben und stellt jetzt alles wieder mit neuen
Kräften seinen Mann. Für die nächsten Sonntage stehen ge-
dachte Spiele aus. Wir kommen noch darauf zurück.

Wettervorhersage

Donnerstag, den 31. Juli. Teilweise aufklarend, vorwiegend
trüb, mäßig warm.

Lezte Depeschen

Das Problem der Kohlenlieferungen.

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Kommission,
die mit den Verhandlungen über die Auslieferung der Friedens-
bedingungen in Versailles beauftragt ist, traf am 29. Juli in Ber-
lin ein, um eingehend Bericht über den Gang der Verhandlungen
zu erstatten, die in erster Linie die Kohlenlieferungen, den
Wiederanbau und die Wiederherstellung von Chemiefabriken betreffen.
Die Kommission bezog sich von Berlin nach Weimar. Es
beruht zwischen allen Beteiligten Märkte darüber, daß beson-
ders die Kohlenlieferungen Deutschland im nächsten Winter in
die denkbar schwierigste Lage versetzen würden. Indessen ging
auch die Meinung dahin, daß energig zugeteilt werden müsse,
um den Forderungen so weit wie möglich zu genügen. Die
Kommission bezog sich am 29. Juli und verließ Berlin. Das
Reichsamt hielt gestern eine wichtige Sitzung ab, die sich mit dem
Nachkommen für die Kohlenlieferung beschäftigte.

Die Fristverlängerung für Oesterreich bewilligt.

Wien, 30. Juli. Hoffentlich wird aus Paris gemeldet,
daß der Oesterreich der Friedensbedingungen des Völkerrechts
Staatskanzler Dollfus neuerlich die erbetene Fristverlängerung
für die Unterzeichnung des Friedensvertrages bewilligt hat.

König Peter verzichtet?

Wien, 30. Juli. Nach Informationen der französischen
Presse hat sich König Peter von Serbien entschlossen, auf seinen
Thronanspruch zu verzichten und sich zu Gunsten des Kronprinzen
Alexander zurückzuziehen.

Italienisch-französische Verständigung.

Lugano, 29. Juli. Die Sprache der maßgebenden
Italiener Presse gegenüber Frankreich ist im allgemeinen in
den letzten Wochen so gemäßig geworden, daß man von einem
Stimmungswechsel sprechen kann. Aus den Situations-
berichten des „Cor. d. Sera“ und „Secolo“ aus Paris und
Rom geht hervor, daß Ministerpräsident Salvi in seiner Fort-
setzung seiner Annahmestellung sich für eine Verständigung
zwischen den beiden letzten Mächten einsetzt. Der italieni-
sche Außenminister Tittoni wird in Paris in dem gleichen Sinne
und hat bereits erklärt, daß sich die recht gespannt gehaltenen
Verhältnisse wieder erheblich gebessert haben.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Total-Plusverkauf

wegen vollständiger Aufgabe meines Geschäftes.

Am Freitag, den 1. August d. J., beginnt der Total-Plusverkauf meines gesamten Warenlagers, bestehend aus größeren Posten:

Damen-Mänteln, =Kostümen, =Kleidern, =Kleiderröcken, =Blusen
aus Wolle, Seide und Schleierstoffen,

=Unterröcken, =Corsets, =Handschuhen, =Strümpfen, Damen- und
Kinderhüten sowie sämtlichen Fuß-Zutaten

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Berliner Konfektionshaus

Inhaber: Franz Sonntag

Gotthardtstrasse 25

MERSEBURG

Gotthardtstrasse 25

Zwecks Herabsetzung der Preise bleibt mein Geschäft Donnerstag, den 31. Juli geschlossen.

Hochsteine u. einfache
Herrenzimmer

Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
Kleine Ulrichstrasse 26 a und b.

Speisezimmer
Schlafzimmer

3-4 Zimmer-Wohnung mit Küche gesucht. Vermittlung erbeten.
Dir. Dechant, Markt 16.

Deutscher
Offizier-Bund

Ortsgruppe Merseburg

Geschäftsstelle:
Hilfstr. 4. Fernruf 100.
Geschäftsstunden
täglich ausser Mittwoch u.
Sonntags von 10-12 Uhr



Korbmöbel

In großer Auswahl und jeder Preislage sind eingetroffen:
Korbsofa, Bänke, Hocker, Lampen, Tische,
Blumenkrippen, Blumenständer usw.

Theodor Lühr, Halle S., Leipziger Str. 94.
: Telefon 6198. :

Ein großer
Posten **Fahrrad-Decken**
trifft ein.
Mk. 65.00 solange Vorrat reicht.

Fernruf **Auto-Engel** Fernruf
203. Merseburg. 203.

Hypothekencapital- u. Zinsengarantie

ist mit jeder durch unsere Vermittlung gebenden Hypo-
thekenausleihe verbunden. Sichern Sie sich diesen
großen Vorteil und beziehen Sie Ihre Kapitalien durch uns!
Auskunft bereitwillig.

Hypothekendarlehenbank Sachsen-Anhalt-Thüringen,
Aktiengesellschaft zu Halle, Parfümeriestraße 15.

Gesucht

wird geeignete Person zum
Aufbau der Spielgeräte, Fuß-
balltore etc. (wöchentlich 2 bis
3mal abends). Zu melden bei
H. Waidwirth Sehm, „Café“.

Stadttheater-Halle

Donnerstag 8^{1/2} Uhr:
Die Rose von Stambul.
(Rein Karnerverkauf)
Abends 7^{1/2} Uhr:
Stein unter Steinen.
Freitag, 7^{1/2} Uhr:
Marta.

Zuverlässige, tüchtige
Einlegerin

sofort gesucht.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Das Ausbessern, Abziehen und Wachsen alter
Parkett-Fussböden
kann zurzeit sofort ausgeführt werden.

Fachmännische und streng reelle
Bedienung.

Gustav Hönemann Büro: Am Bauhof 1. II.
Fernruf: 3631 und 5849.

Vertretung: der Parkettfabrik Otto Hetzer A. G. in Weimar

Villa

od. modern. Ein-
familien-Woh-
haus mit schön m. Garten
zu kaufen gesucht. Offert. an
Otto Apel, Querfurt,
Brannstraße 5.

Tivoli-Theater, Merseburg

Dir.: Arthur Dechant.

Donnerstag, den 31. Juli 1919,
abends 7/8 Uhr:

Wichtig für Landwirte und Fuhrwerksbesitzer!

Verkauf von Heeresfahrzeugen

(schwere und leichte Fahrzeuge)
findet Freitag, den 1. August 1919 im
Fraindepot in Merseburg

(Waffenarsenal - Erste Haltehalle der Fernbahn Merse-
burg-Mücheln) von vormittags 9 Uhr ab statt.

Reichsverwertungsamt.
Zweckhalle Halle a. S.

Landwirte!

Gibt
Eure Anzeigen auf bei dem
Eure Interessen vertretenden
Merseburger Tageblatt
(Kreisblatt)
und ihr werdet Erfolg
haben.

Kinderfahrrad

ohne Pedale, mit Freilauf
und Rücktritt mit Schieber
zu ver kaufen, vorm. von 9-11
Uhr Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Kindliches Ehepaar sucht
sofort 2 Zimmer und Küche
event. nur Küche und Küche
Offerten un. P. 201 an die
Expedition dieses Blattes erb.

Suche zum 1. Okt. 1 oder 2
gut möblierte Zimmer
evtl. mit Pension, bei freundl.
gebild. Familie in Merseburg
od. Umgegend. Angebote an Fr.
Aug. Polster, Dresden 27,
Stienertstraße 31

Benefiz
für Walter Mey.
Der Herrgottschneider
von Ammergau.

Vollständigspiel mit Gesang
und Tanz in 5 Akten
von Ludwig Ganghofer.

Sonntag, den 3. August 1919,
abends 7/8 Uhr:

Die Czardasfürstin.
Operette in 3 Akten von
Emmerich Kalman.

Wohnung

2-3 Zimmer und Küche zum
1. Oktober in gutem Hause
gesucht. Zu erfragen in der
Exp. dieses Blattes.

Stenotypistin

mit langj. Praxis wird in dauernde Stellung ar. Mach-
schäftlich gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter
L. K. 7457 an Rudolf Woffe, Leipzig erbeten.

Portemonnaie

mit ca. 60 Mark Inhalt am
Donnerabend in der elektr.
Fernbahn Merseburg - Halle
verloren. Der richtige Finder
wird gebeten, selbigen gegen
hohe Belohnung in der Exp.
d. Blattes abzugeben.

Verantwortliche Redaktion: Politisch, Dertl. und prov. Teil: G. A. u. S. v. S. G. Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: D. V. A. G.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt E. V. A. G., sämtlich in Merseburg



Kreissparkasse Merseburg

— Bahnhofsstraße 3 —
 Sparkassen-Konto: Leipzig 8800
 unter Führung und Sicherheit der Kreisbank
Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.
Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.
Sicherheitsmaßnahmen gegen unredliche Abhebungen.
 Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorfälle.
 — An- und Verkauf von Wertpapieren. —
 Einlösung fälliger Bauscheine und gelöster Stücke.
 — Darlehen an Jedermann —
 gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.
Spezialanfall z. Förderung des Bargeldlos. Zahlungsverkehrs.
 Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.
 Vollg. kostenlose Ausführung von Geldüberweisungen an jede Person im Deutschen Reich, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.
 — Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften. —
 Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Zugvieh vom 15. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 647) wird für das Gebiet der Provinz Sachsen angeordnet:

I. Beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter darf der Preis für 50 kg Lebendgewicht nicht übersteigen bei:

- a) geringenährten Rindern einchl. geringenährten Ferkeln (Klasse C) 80 M.
- b) fleischigen Rindern (Klasse B) 110 M.
- c) ausgewärenten od. vollfleischigen Rindern (Kl. A) 130 M.

1. Schlachttälern im Alter unter 3 Monaten 120 M., 2. Schlachtschweinen 150 M.

Die Festsetzung des Lebendgewichts erfolgt am Standort der Tiere unter Abzug von 5%. Ist eine Gewichtsfeststellung am Standort nicht möglich und haben die Tiere außerdem einen Weg von mindestens 5 km bis zur Waage zurückgelegt, so werden Gewichtsfragen nicht vorgenommen.

Die durch diese Vorschriften festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise und gelten für den Verkauf durch den Erzeuger, soweit nicht anderes bestimmt ist.

II. Für den Verkauf von Ferkeln und Käufer Schweinen durch den Viehhalter gilt als Höchstpreis bei:

1. Ferkeln bis zum Gewicht von 15 kg für das kg Lebendgewicht ein Preis bis zu 10 M.
2. Käufer Schweinen im Gewicht von mehr als 15 kg Lebendgewicht ein Preis bis zu 6 M.

Die Höchstpreise gelten bei dem gewerbsmäßigen, wie bei dem nicht gewerbsmäßigen Kauf und Verkauf von Ferkeln und Käufer Schweinen.

Der Käufer von Ferkeln oder Käufer Schweinen kann den von ihm über den Höchstpreis einschließlich der zulässigen Vergrößerung hinaus gezahlten Betrag innerhalb eines Jahres vom Tage des Kaufschlusses an vom Verkäufer zurückfordern.

III. Unsere Bekanntmachungen vom 7. August 1918 betreffend Höchstpreise für Rinder und vom 15. Februar 1917 betreffend Preise für Kälber und Schweine werden hiermit aufgehoben. Die Bekanntmachung vom 8. März 1918 bleibt, soweit sie den Bestimmungen dieser Bekanntmachung nicht widerspricht, ihre Gültigkeit.

IV. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 19. Juli 1919 in Kraft.

Magdeburg, den 26. Juli 1919.
 Preussische Provinzial-Regierung.
 Bremer.



AMBI

Frucht- und Rüben-
 presse zur Herstel-
 lung von Saft.

Ganz Stahl und Eisen im Vollbad verzinkt, daher rosticher. — Leichte Bedienung, da Kugellager. Inhalt: 20 Liter. Durch hohe Druckleistung rostlose Ausbeute des Preßgutes; daher macht sich die AMBI-PRESSE in kurzer Zeit bezahlt. — Jeder Haushalt wird mit der AMBI-PRESSE endlich in die Lage gesetzt, seinen Bedarf an Fruchtsaft in hygienisch einwandfreier Weise selbst herzustellen.

AMBI V

Arthur Müller, Bauten und Industriewerke,
 Eisengießerei, Maschinenfabrik,
 Handlung landwirtschaftlicher Maschinen,
 Merseburg.
 Friedrichstraße 8. Fernsprecher 395.

Habe einen größeren Posten

Gummi- Bereifungen

und verkaufe die selben zu billigsten Tagespreisen

Max Schneider,

Telephon 479. Schmolestraße 14.

Makulatur

zu haben Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

„Angebot“

**Speise-Zimmer,
 Herren-Zimmer,
 Damen-Zimmer,
 Schlaf-Zimmer,
 Küchen**

in einfacher bis ganz reicher Ausführung
 ca. 150 Zimmer.
 Möbelfabrik
Albert Martini Nacht.
 Inh. Richard Ziomer,
 Halle a. S.,
 Alter Markt 2.

Ein Abendzettel in

Franz.-Engl.

Recht, Stanogr., Korresp., Rechtsw., höh. Ream., Rechts, beg. I. Aufl. in d. acht. Teil, übers. sich. schiedl. Fortschritt, da lehrbuchmäßige Methode. Stundensatz, 1,50 bzw. 1.— Mark.
 Dances u. Herren wollen sich meld. bei
 W. Fichtner, Quedlinburg,
 Steinweg 74.

2 zuverlässige
Speicher-Arbeiter
 für dauernd gesucht.
 Landwirtschaftl. Consumverein
 E. G. m. b. H.
 Merseburg.

Bautischter und Glaser
 werden eingestellt
 Baugeschäft Friedrich,
 Radewell,
 Neubau Gartenstadt Scopau.

**Zuverlässigen Lager-
 arbeiter in acht so-
 fort Michel-Brikett-
 Verkaufsstelle, Neu-
 markt 67.**

Nachtwächter
 sofort gesucht
**Th. Grohe u. G.
 Merseburg.**

**Parkettböden, fertig
 verlegt, Parkettwachs**
 empfiehlt
Gustav Colditz jun., Parkettfabrik, Auerbach i. V.

werden am Freitag,
 1. August, Sonnabend,
 2. August und Sonntag,
 3. August von früh bis
 abends 7 Uhr Ruten-
 weise am Roddener Wege ausgegeben. 1 Mtr. — 4,50 M.

Reife Erbsen
Rittergut Dölkau bei Förschen.

Ämtliche Anzeigen

für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2.40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 16.

Merseburg, 31. Juli

1919.

98 Bekanntmachung über Wochenfettmenge.

Die Fettmenge für die Woche vom 27. Juli bis 2. Aug. 1919 wird hiermit für Merseburg-Land auf die gewöhnlichen Fettmarken auf

100 Gramm

auf alle Zusatzmarken auf

50 Gramm

festgesetzt.

Verausgabt werden dürfen je nach Eingang höchstens 50 Gramm Butter, der Rest in Form von Margarine. Merseburg, den 22. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Roske.

99 Bekanntmachung

über die Fettversorgung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Nachdem durch Anordnung der Reichsfettstelle die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Wochenfettmenge vom 1. August d. J. ab bis auf weiteres auf 100 Gramm festgesetzt worden ist, wird die Bekanntmachung über die Fettversorgung der in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben arbeitenden Arbeiter vom 25. März d. J. — veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 67 — hiermit aufgehoben.

Die bisher an landwirtschaftliche Arbeiter ausgegebene zweite Fettkarte wird von der Ortsbehörde mit Wirkung vom 28. Juli ab wieder eingezogen.

Merseburg, den 22. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Roske.

100 Bekanntmachung.

Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend Gemeindebesteuerung im Rechnungsjahr 1919, bestimmen wir hierdurch folgendes:

Das aus der Not des Augenblicks entstandene Gesetz soll nicht der künftigen Neuregelung des Kommunalabgaberechts durch die vorstehende Novelle zum A. L. G. vorgehen, sondern lediglich für das laufende Rechnungsjahr den Gemeinden die Möglichkeit geben, gegenüber den augenblicklichen Steuerungs- und schwierigen Lebensverhältnissen breiterer Volkstresse, die voraussichtlich im Laufe des Jahres noch andauern werden, für dieses Jahr die niederen Einkommen stärker von der Gemeindeeinkommensteuer zu entlasten, und dafür die höheren Einkommen entsprechend höher heranzuziehen, als es nach der gegenwärtigen Gesetzgebung (§§ 36, 37, A. L. G.) zulässig ist.

Die Entlastung der unteren Einkommen besteht dabei nur auf natürliche Personen, während die stärkere Heranziehung der höheren Einkommen sowohl auf natürliche wie juristische Personen Anwendung findet.

Die den Gemeinden durch das Gesetz gestattete Neuregelung besteht lediglich darin, daß sie ihren Gemeindezuschlägen für 1919 einen anderen als den bisherigen Tarif zu Grunde legen können. In der Durchführung des Kinderprivilegs bei der Veranlagung wird also ebensowenig etwas geändert, wie in der Anwendung des Beamtenprivilegs. Die Gemeindezuschläge bleiben nach wie vor gleichmäßig (§ 38 A. L. G. Abs. 1).

Um eine wirkliche Ausnutzung des neugewährten Rechts zu verhindern, mußten sowohl hinsichtlich der Entlastung der niederen, wie

hinsichtlich der Mehrbelastung der höheren Einkommen gewisse Grenzen festgesetzt werden, innerhalb deren sich die neuen Tariffsätze zu halten haben. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß die stärkere Heranziehung der juristischen Personen nicht über die im Gesetz vom 8. Juli 1916 für natürliche Personen vorgesehenen Zuschläge hinausgehen darf. Selbstverständlich braucht die Gemeinde weder bei der Entlastung der niederen Einkommen bis zur äußersten Grenze zu gehen. Insbesondere kann sie auch bei den Einkommen über 6500 Mk. die unteren Stufen nur mit einem geringeren Teil, die höheren mit einem stärkeren Teil oder mit dem vollen Betrage der im Gesetz vom 8. Juli 1916 vorgesehenen Zuschläge heranziehen, m. a. W. innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen eine schärfere Progression zur Anwendung bringen, als sie das genannte Gesetz vorseht.

Bei der Neuregelung hat die Vorschrift des Absatz 2 des einzigen Gesetzesparagraphe Beachtung zu finden. Sollte infolge der neuen Tarifierung bei den höheren Einkommen ein über den Ausfall bei den niederen Einkommen usw. hinausgehendes Mehr des Prinzipalsolls erzielt werden, so würden die Gemeindezuschläge entsprechend niedriger zu bemessen sein.

Die Neuregelung erfolgt durch bloßen Gemeindebeschluß, der an sich einer staatlichen Genehmigung nicht bedarf. Die Zuständigkeiten des Kommunalabgaberechts §§ 54 ff. § 77) bleiben aber im übrigen unberührt. Ist also bereits die Höhe der Gemeindezuschläge festgestellt, und von der Beschlußbehörde genehmigt, so muß die Gemeinde, wenn sie aus Anlaß der Anwendung des neuen Gesetzes einen anderen Prozentsatz der Gemeindezuschläge herbeiführen will, erneute Genehmigung der Beschlußbehörde nachsuchen.

Bei Ausführung des Gesetzes soll den Gemeinden auch insofern mögliche Freiheit gelassen werden, als sie sowohl für das ganze Steuerjahr, wie mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nur für den Rest des Jahres von dem Rechte der anderweitigen Regelung auf Grundlage des neuen Gesetzes Gebrauch machen können. Andererseits können die Gemeinden aber auch, wenn eine Veranlagung bereits stattgefunden haben sollte (§ 65 A. L.), eine die alte Veranlagung berichtende, bis zum 1. April 1919 rückwirkende Neuveranlagung vornehmen.

Wie das Gesetz, welches nur einen dringenden augenblicklichen Nothstand nach Möglichkeit mildern will, im einzelnen wirken wird, läßt sich bei der großen Verschiedenartigkeit der Fälle natürlich nicht übersehen. Der Gesetzgeber vertraut aber, wenn er den Gemeinden eine so große Freiheit in der Umgestaltung des Gemeindeeinkommensteuertarifs für das laufende Rechnungsjahr zu gewähren sich entschlossen hat, daß die Gemeindevorstände dies Recht nicht mißbrauchen, sondern von ihm einen angemessenen und verständigen Gebrauch machen und dabei auch verständnisvolle Unterstützung in den neu gewählten Gemeindevertretungen finden werden.

Berlin, den 17. Juni 1919.

Zugleich für den Herrn Minister des Innern.

Der Finanzminister.

Veröffentlicht:

Die Gemeinden weise ich auf vorstehenden Ausführungserlaß besonders hin.

Merseburg, den 24. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.

Dr. Roske.

101 Bekanntmachung

betreffend Verbot des unbefugten Nebenleseus.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß das unbefugte Nebenlesen

und sogenannte Stoppeln verboten ist und je nach Umständen auf Grund der §§ 18-21 oder des § 25 Ziffer III des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 bekräftigt wird.

Merseburg, den 25. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Moske.

102

Bekanntmachung.

Die Liste der Wahlberechtigten für die Knechtelkammer der Provinz Sachsen, Regierungsbezirk Merseburg, liegt vom 28. Juli bis 11. August d. J. in den Geschäftsräumen Zimmer 5 des Landratsamtes zu Merseburg öffentlich aus.

Merseburg, den 25. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Moske.

103

Bekanntmachung.

Einsetzung eines Pächter-Verzeichnisses an das Katasteramt Merseburg.

Unter Bezugnahme auf Artikel 22¹ der Ausführungsanweisung zum Ergänzungsknechtelgesetz erlaube ich die Magistrate Merseburg und Älgen, sowie die in Betracht kommenden Gemeinde- und Gutsvorstände, dem Katasteramt Merseburg ein Pächter-Verzeichnis nach dem hierunter befindlichen Muster bis 9. August d. J. einzureichen.

Merseburg, den 29. Juli 1919.

Preussisches Staatsknechtelamt.
Dr. Moske.

Gemeinde-Guts-Bezirk

Pächter-Verzeichnis.

Name und Wohnort des		Bezeichnung der Lage	Fläche über 2 ha	Zeitraum der Pacht von bis	Pächterpreis	
Pächters	Verpächters				1	2

104

Bekanntmachung

über Erzeugerhöchstpreise für Butter.

Unter Aufhebung der Anordnung vom 5. Mai 1918 betreffend Butterpreise wird die Anordnung vom 7. September 1918 — Nr. 7871 O. P. II — wie folgt abgeändert:

1. Der § 1 erhält folgende Fassung:

Der Preis für Molkereibutter, den der Hersteller beim Verkauf im Großhandel fordern kann, wird

- 1) für Handelsware I (Ware von einwandfreier Beschaffenheit) auf höchstens 560 \mathcal{M}
- 2) für Handelsware II (nicht vollwertige Molkereibutter) auf 540 \mathcal{M}
- 3) für abfallende Ware auf höchstens 280 \mathcal{M} für 50 kg festgesetzt.

2. Der § 2 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Der Preis für Butter, die nicht Molkereibutter ist (Landbutter), den der Hersteller beim Verkauf fordern darf, wird auf höchstens 540 \mathcal{M} und für abfallende Ware auf 380 \mathcal{M} für 50 kg festgesetzt.

3. Diese Anordnung tritt am 1. August 1919 in Kraft. Magdeburg, den 28. Juli 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.

In Vertretung: gez. Unterschrift.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß die Bekanntmachung im Kreisblatt Nr. 67 vom 30. März 1919 mit dem 1. August 1919 aufgehoben wird.

Merseburg, den 29. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Moske.

105

Bekanntmachung

über Kleinhandelshöchstpreise für Butter.

I.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Molkerei- und Landbutter wird hiermit für Merseburg-Land auf 5,98 \mathcal{M} für das Pfund festgesetzt.

II.

Etwas geringeres Gewicht, soweit der Absender nicht verantwortlich gemacht werden kann, hat die Empfangsstelle zu tragen. Dem Kleinhändler ist die Abrundung der Bruchteile von Pfennigen nach oben gestattet.

III.

Die Preisänderung tritt am 1. August 1919 in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Bekanntmachung im Kreisblatt Nr. 67 vom 30. März 1919 aufgehoben.

Merseburg, den 29. Juli 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Moske.

Wiederholten Anregungen folgend hat der Herr Oberpräsident eine Auskunftsstelle für Kriegshinterbliebenenfürsorge eingerichtet und sie dem Oberpräsidium angegliedert.

Die immer mehr anwachsenden Arbeiten der Kriegshinterbliebenenfürsorge, der große Umfang der dabei in Frage kommenden gesetzlichen und Verwaltungsvoorschriften und die Vielseitigkeit der notwendigen Fürsorgemaßnahmen haben vielfach den Wunsch hervorgerufen, eine provinzielle Zentralstelle für diesen neuen Zweig der Verwaltungstätigkeit zu befehlen.

Demgemäß soll die Auskunftsstelle für die Kreisaußschüsse der Nationalkittung und für die örtlichen Fürsorgestellen in der Provinz Sachsen, bezw. — im Einverständnis mit der stellvertretenden Intendantur — für den ganzen Bezirk des IV. Armeekorps, die sachkundige Zentralstelle sein, bei der von Behörden und von Privatpersonen Rat und Auskunft eingeholt werden kann.

Die Leitung dieser Auskunftsstelle liegt in den Händen des Schriftführers der Nationalkittung. Bei der sachlichen Bearbeitung der Fragen wird, soweit sie die militärische Hinterbliebenenfürsorge betreffen, ein Mitglied der königlichen Intendantur soweit andere Gebiete in Betracht kommen, das Wohlfahrtsamt der Stadt Magdeburg mitwirken. An gelegentlichen der Nationalkittung oder der ihr angegliederten Stiftungen bearbeiter der Leiter der Auskunftsstelle.

Alle Anfragen sind zu richten:

An die Auskunftsstelle für Kriegshinterbliebenenfürsorge bei dem königlichen Oberpräsidium in Magdeburg.

Den örtlichen Fürsorgestellen und Privatpersonen empfehle ich, sich dieser sachkundigen Auskunftsstelle gegebenenfalls zu bedienen.

Merseburg, den 12. Februar 1919.

Der königliche Landrat.
In Vertretung: v. Crona.

Nr. 753 K. H. / 18.

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt L. Bely.